

(A) stehen vor allem dann, wenn unter Einsatz wassergefährdender Stoffe gefrackt wird. Deshalb soll bei der Erdgasgewinnung eine zwingende UVP eingeführt werden. Diese beinhaltet dann auch eine verpflichtende, transparente und effektive Öffentlichkeitsbeteiligung vor einer Genehmigung. Zudem sind die Wasserbehörden verpflichtend zu beteiligen, ebenso die betroffenen Landkreise und Kommunen. Da die Auswirkungen auf das Grundwasser auch grenzüberschreitend sein können, unterstütze ich die Bemühung des Mitglieds des Europäischen Parlaments Dr. Peter Liese im Europäischen Parlament um vergleichbar hohe Sicherheitsstandards.

Viertens. Die beiden Anträge von SPD und Die Linke sind sowohl materiell-rechtlich als auch verfassungsrechtlich zu beanstanden. Zudem ist die Einbringung beider Anträge zum jetzigen Zeitpunkt offensichtlich dem Umstand geschuldet, dass am 13. Mai 2012 in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen stattfinden. Dass sich die SPD nun ereifert, ist heuchlerisch, hätte sie doch zu ihrer Regierungszeit bereits Regelungen treffen können. Was hat Herr Gabriel als Umweltminister von 2005 bis 2009 eigentlich gemacht?

Kurz vor den Landtagswahlen nun Vorschläge einzubringen, kann nur einem Zweck dienen, dem Wahlkampf. Dies ist abzulehnen. Die Anträge vermögen es darüber hinaus nicht, den verfassungsrechtlichen Auftrag, die Umwelt zu schützen, gemäß Art. 20 a Grundgesetz im Verhältnis zu anderen Interessen abzuwägen und eine sachorientierte Lösung zu schaffen.

(B) Vielmehr fordert die SPD, dass durch das Fracking eingetretene Schäden nicht von der Allgemeinheit, sondern von den jeweiligen Betreibern getragen werden. Dies bedeutet, dass die SPD Schäden durchaus in Kauf nehmen will, Hauptsache jemand bezahlt dann dafür. Hier geht es aber um den Schutz unseres Trinkwassers. Dieses darf nicht verunreinigt werden. Wenn man im Nachgang dafür Geld bekommt, wird nichts besser, denn nämlich ist bereits ein unbezahlbarer Schaden eingetreten.

Im Gegensatz hierzu steht der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Dieser Antrag ist zumindest als Grundlage für weitere Beratungen als unterstützungswürdig anzusehen. Vor allem die Forderung nach einer Aussetzung des Verfahrens, bis weitere Erkenntnisse zum Fracking vorliegen, die Forderung, die Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz zu erhöhen, und die Forderung nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung decken sich mit den Forderungen der CDU/CSU. Letztlich fordert dieser Antrag, in Anlehnung an die Initiative der Europäischen Kommission eine grundlegende Überprüfung des deutschen Rechtsrahmens für die Förderung von unkonventionellem Erdgas einzuleiten. Auch diese Forderung muss ich nicht ablehnen.

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen trägt mithin ausreichend Potenzial für einen weiteren verantwortungsvollen Umgang bei der Förderung von Erdgas in sich. Daher werde ich diesen Antrag nicht ablehnen.

Anlage 6

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts zu dem Antrag: **Schweinepest tierschonend bekämpfen – Notimpfung ersetzt grundloses Keulen** (Tagesordnungspunkt 11)

Dieter Stier (CDU/CSU): Ich begrüße ausdrücklich diesen interfraktionellen Antrag mit dem tierschonenden Ansatz „Impfen statt keulen“ beim Auftreten der Schweinepest. Dieser gemeinsame Antrag, welchen wir heute hier beraten, beweist einmal mehr, dass wir über Parteigrenzen hinweg ein gemeinsames Ziel haben: Ein Maximum an Tierschutz auch bei der Seuchenbekämpfung!

Unvergessen sind die Bilder von Bergen gekelter Schweine, die in der Vergangenheit durch die Medien gingen. Wie verheerend die Dimension der Schweinepest sein kann, zeigte uns ein Seuchenausbruch in den Niederlanden 1997/1998, der zu einer Tötung von über 12 Millionen Schweinen führte. Die direkt entstandenen Kosten wurden dabei auf circa 2,3 Milliarden Euro beziffert. Aus ökonomischer und tierschutzrelevanter Sicht eine Katastrophe!

Diese Bilder haben die Verbraucher entsetzt und natürlich zu Recht fragen lassen, ob eine Keulung wirklich auch heute noch zeitgemäß und das einzige Mittel zur Eindämmung der Schweinepest sei. Diese Frage ist berechtigt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Wissenschaft in den letzten 15 Jahren wichtige Fortschritte gemacht hat. Dank intensiver Forschungen stehen mittlerweile Markerimpfstoffe zur Verfügung, durch welche die Schweine wirkungsvoll vor der Tierkrankheit geschützt werden können.

Des Weiteren kann mittlerweile auch der Erreger durch neue Verfahren schnell und zuverlässig nachgewiesen werden.

Dank des wissenschaftlichen Fortschritts haben wir nun eine wirksame und akzeptable Alternative gefunden, die Massenkeulungen zur Eindämmung der Seuche unnötig machen. Notimpfungen tragen also entscheidend zu einem Mehr an Tierschutz bei.

Die bisherige „Nichtimpfpolitik“ der Europäischen Gemeinschaft bei der Klassischen Schweinepest ist folglich nicht mehr zeitgemäß. Deshalb muss die Bundesregierung nun auf EU-Ebene Überzeugungsarbeit leisten, die in einen Paradigmenwechsel „Impfen statt keulen“ münden soll. Diese neue Impfstrategie muss im EU-Tiergesundheitsrecht verankert werden. Auf nationaler Ebene ist eine Anpassung an das Tierseuchenrecht notwendig.

Dieser klare gesetzliche Rahmen ist die Voraussetzung dafür, dass die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten keine Handelssperre für die Impfreionen erlassen können. Ebenso müssen die bilateral mit Drittländern geschlossenen Veterinärabkommen entsprechend angepasst werden.

(C)

(D)

- (A) Der Lebensmitteleinzelhandel ist jedoch nur dann bereit, eine Notimpfstrategie mitzutragen, wenn das Fleisch geimpfter Tiere auch ohne Einschränkungen in allen EU-Mitgliedstaaten zu verkaufen ist. Dieser tierschonende Ansatz darf sich deshalb keinesfalls negativ auf den Handel auswirken. Um die Wirtschaftlichkeit und Vermarktung von Fleisch geimpfter Tiere sicherzustellen, bedarf es einer genauen Aufklärung zur Ernährungssicherheit. Wirtschaft, Handel und insbesondere die Konsumenten sind über die Unbedenklichkeit des Fleisches notgeimpfter Tiere zu informieren. Diese Botschaft muss in aller Deutlichkeit kommuniziert werden.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal auf die Bedeutung der Prävention bei der Bekämpfung der Schweinepest aufmerksam machen. Seit 2011 sind wieder verstärkt Ausbrüche der Schweinegrippe an den Außengrenzen der EU gemeldet worden. Im Februar 2012 fielen der Afrikanischen Schweinepest in Russland bisher rund 40 000 Schweine zum Opfer.

Das Friedrich-Löffler-Institut warnt vor allem vor dem Einschleppungsrisiko des Virus durch verunreinigte Lebensmittel und Speiseabfälle im Personen- und Güterverkehr. Auch kontaminierte und unzureichend desinfizierte Transportfahrzeuge bergen ein erhöhtes Einschleppungsrisiko. Perfektes Betriebsmanagement, ein hohes Hygieneniveau in den Ställen, stetige Kontrollen sowie die Verfütterung sicherer Futtermittel sind hier immer noch die besten Mittel, um einen Ausbruch von Schweinepest vorzubeugen.

- (B) Ein erfolgreiches Umsetzen der EU-Notimpfstrategie könnte insbesondere auch unsere osteuropäischen EUNachbarstaaten motivieren, sich an diesem Konzept zur Notimpfung zu orientieren.

Ich würde mir in anderen Bereichen der Tierschutzdebatte ebenfalls eine derart breite inhaltliche Übereinstimmung mit der Opposition wünschen. Bei den Kollegen bedanke ich mich deshalb, dass wir diesen gemeinsamen Antrag heute auf den Weg bringen können. Denn letztlich haben wir alle das gemeinsame Ziel, dem Wohle der Tiere, der Wirtschaftlichkeit der Betriebe und der Gesundheit der Verbraucher Rechnung zu tragen.

Auf EU-Ebene wird Deutschland mit dieser Impfstrategie seine Vorreiterfunktion in Sachen Tierschutz in vorbildlicher Weise erneut unter Beweis stellen.

Marlene Mortler (CDU/CSU): Erst kommen die Tiere und dann die Familie. So sind die Prioritäten in unseren landwirtschaftlichen Familienbetrieben seit eh und je gesetzt. Das heißt, erst wenn es meinen Tieren gut geht, kann ich mich um meine Familie kümmern.

Sie mögen das für übertrieben halten. Als Bäuerin weiß ich: Das ist gelebte Praxis!

Das Tierwohl ist für uns alle ein wichtiges Anliegen. Daher ist unser gemeinsamer Antrag ein wichtiges Signal nach außen: an unsere Bäuerinnen und Bauern, an die Handelspartner, an die OIE – die Weltorganisation für Tiergesundheit.

- (C) Warum? – Nach der geltenden Schweinepestverordnung werden bei einem Seuchenfall auch viele gesunde Schweine im Sperrbezirk getötet, um eine Weiterverbreitung der Seuche zu verhindern. So wurden zum Beispiel beim letzten Seuchenzug in Nordrhein-Westfalen in acht Fällen der Klassischen Schweinepest über 150 000 Schweine gekeult. Ein verantwortungsvoller Umgang mit unserer Schöpfung sieht anders aus. Das ist ethisch fragwürdig und im wahrsten Sinne des Wortes eine tödliche Verschwendung unserer Ressourcen. Gerade als Bäuerin kann ich nachempfinden, wie sich meine Bauern dabei gefühlt haben müssen. Es gibt nichts Schlimmeres, als mitzuerleben, wie die eigenen gesunden Tiere vorbeugend vernichtet werden müssen.

Ich finde es hervorragend, dass sich in dieser Angelegenheit eine so breite politische Mehrheit gefunden hat. Das ist ein klares Zeichen, dass wir uns unserer moralisch-ethischen Verantwortung bewusst sind.

Die bisherige Praxis lässt sich auch angesichts der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht aufrechterhalten. Insbesondere durch moderne Nachweisverfahren haben wir die Möglichkeit, befallene Bestände schnell einzugrenzen und mit dem Instrumentarium der Notimpfung dem Tierschutz gerecht zu werden. Dafür kämpfen wir! Das ist unser gemeinsames Ziel!

- (D) Damit im Ernstfall der Grundsatz „Impfen statt Keulen“ in der Tierseuchenbekämpfung durchgreifend wirksam umgesetzt wird, müssen alle Beteiligten mitmachen. Es ist positiv, dass die Bundesregierung hier bereits Vorbereitungen getroffen hat, damit im Ernstfall eine Eilverordnung, ein großflächiges „Stand still“ einleiten kann. Die Länder, denen die Entscheidung für oder gegen eine Notimpfung im Seuchenfall obliegt, müssen in diesem Fall auch vom Bund durch die Versorgung mit entsprechenden Impfstoffen unterstützt werden. Von entscheidender Bedeutung wird aber sein, dass das Fleisch von geimpften Tieren im Vergleich zum Fleisch von nicht geimpften Tieren bei der späteren Verwendung keinerlei Beschränkungen unterliegt. Wir haben mit dem heutigen Tag zusammen mit dem BMELV den Rahmen gesetzt.

Nun kommt der nächste Kraftakt. Die Wirtschaft kann und muss hier ihren Beitrag leisten. Klar ist: Das Fleisch geimpfter Tiere ist qualitativ absolut gleichrangig mit dem ungeimpfter Tiere. Hier muss auch vonseiten der Wirtschaft unbegründeten Sorgen mit offensiver Aufklärung begegnet werden.

Notgeimpfte, aber gesunde Tiere dürfen nicht länger auf internationaler Ebene Verkaufs- und Handelsbeschränkungen unterliegen. Wir werben deshalb für einen Paradigmenwechsel in der Tiergesundheitspolitik. Nur so können wir unser Ziel erreichen, dass auf Dauer EU-weit das Prinzip „Impfen statt Keulen“ durchgesetzt wird.

Gerne sind wir hier Vorreiter – im Sinne des Tierschutzes europa- und weltweit.

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD): Als Tierarzt war ich vor knapp zwanzig Jahren unmittelbar von den dramatischen Auswirkungen der Klassischen Schweinepest in

(A) Niedersachsen betroffen. Wozu hat die europäische Tierseuchenpolitik des Stamping-out in der Vergangenheit geführt? Nach dem Ausbruch der Klassischen Schweinepest wurden Hunderttausende gesunder Tiere gekeult, um die Seuche in den Griff zu bekommen. Beim letzten Seuchenzug 2006 in NRW wurden acht betroffene Schweinebestände identifiziert. Insgesamt wurden jedoch fast 130 000 Schweine gekeult. Die Folgekosten für die acht infizierten Bestände lagen bei etwa 25 Millionen Euro, die zum Teil aus öffentlichen Mitteln getragen wurden. Weitere geschätzte 30 bis 40 Millionen Euro Verluste mussten die deutschen Schweineerzeuger durch Handelsbeschränkungen hinnehmen. Auch bei den anderen Seuchenzügen wurden im Regelfall zehnmal mehr Schweine gekeult, als erkrankt waren. Das ist nicht mehr hinnehmbar.

Auch die handelspolitischen Folgen in Bezug auf die internationalen Vereinbarungen zum Tierseuchenschutz sind teilweise absurd: So wurde im jüngsten Fall beim Schmallenbergvirus Schweinefleisch für den Export gesperrt, obwohl Schweine überhaupt nicht von diesem Virus infiziert werden können. Wenn zweifelsfrei nachgewiesen wird, dass die Tiere nicht mit einem Feldvirus infiziert sind, gibt es keine Notwendigkeit mehr für Handelsverbote. Das muss in internationalen Vereinbarungen umgesetzt werden, damit handelspolitische Restriktionen im bilateralen Handel entfallen können. Wir müssen international im Rahmen der Weltorganisation für Tiergesundheit und innerhalb der Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten in diesem Bereich zu verbindlichen Vereinbarungen kommen.

(B) Wir müssen jetzt eine neue Tierseuchenbekämpfungsstrategie umsetzen. Die Bekämpfung der Klassischen Schweinepest muss an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerichtet werden. Die Forschung und Impfstoffentwicklung hat in den letzten zwanzig Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Die kostengünstigen Hochdurchsatznachweisverfahren wie das PCR-Verfahren sind mittlerweile so weit ausgereift, dass mit dem Feldvirus infizierte Schweine von nicht infizierten verlässlich und sicher unterschieden werden können. Außerdem bietet die Entwicklung eines neuen gentechnisch hergestellten Markerimpfstoffs, der voraussichtlich 2014 zugelassen wird, eine gute Perspektive für eine verbesserte und moderne Bekämpfungsstrategie gegen die Klassische Schweinepest.

Der bestehende Rechtsrahmen ist auf nationaler und europäischer Ebene anzupassen. Die Bundesregierung hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in Zukunft eine effektive und tierschonende Bekämpfung der Klassischen Schweinepest möglich wird.

Die Bundesregierung muss sich jetzt gemeinsam mit den anderen europäischen Mitgliedstaaten dafür einsetzen, dass Impfung und Diagnostik in eine europäisch einheitliche Bekämpfungsstrategie einfließen. Prophylaktische Impfungen wird es sicher auch in Zukunft nicht geben. Die sogenannten Notimpfungen werden aber nach meinem Kenntnisstand von vielen Mitgliedsländern befürwortet. Voraussetzung ist jedoch, dass die geimpften Tiere in der EU in den Verkehr gebracht werden

dürfen. Um dies abzusichern, ist vor allem auch die gesamte Kette vom Schlachtunternehmen über die Verarbeitungsunternehmen bis zum Lebensmitteleinzelhandel gefordert. (C)

Vermeintliche Handelsrestriktionen sind nach meiner Einschätzung kein vernünftiger Grund für das sinnlose Töten von Tieren. Ich halte die bisherige Vorgehensweise auch für einen eklatanten Verstoß gegen das Tiereschutzgesetz. Wenn wir an dem bisherigen Verfahren festhalten und die Praxis nicht an die wissenschaftlichen Entwicklungen und neuen Möglichkeiten der Tierseuchenbekämpfung anpassen, riskieren wir die gesellschaftliche Akzeptanz der Tierhaltung. Das massenhafte Keulen gesunder Tiere wird bereits heute nicht mehr akzeptiert, weder von Landwirten noch von Verbrauchern. Wenn wir Wertschöpfung und die tierische Veredelung in ländlichen Regionen in der bisherigen Form erhalten, müssen wir dafür sorgen, dass die landwirtschaftliche Tierproduktion gesellschaftlich akzeptiert bleibt.

Darüber hinaus ist es auch volkswirtschaftlich vollkommen unsinnig, zum Verzehr geeignete Tiere mit finanziellen Mitteln aus öffentlichen Haushalten in der Tierkörperbeseitigungsanlage zu entsorgen. Das Tierseuchenrisiko in der Produktion muss auch durch die Verbesserung des Hygienemanagements gesenkt werden. Die regionale Verdichtung von Tierhaltungsanlagen mit gleichen Tiergattungen und damit die Potenzierung des Ansteckungsrisikos ist zukünftig bei der Genehmigung neuer Stallanlagen zu berücksichtigen. Erfahrungen aus der Bekämpfung des porcinen reproduktiven und respiratorischen Syndroms in Dänemark und den USA zeigen, dass PRRS-sanierte Bestände regelmäßig wieder neu infiziert werden, wenn sie nicht 2 Kilometer von anderen entfernt liegen. Das macht deutlich: Zu geringe Abstände und eine zu hohe Verdichtung der Tierproduktion erhöhen das Tierseuchenrisiko, und die Folgen eines Tierseuchenausbruchs potenzieren sich. (D)

Ich begrüße daher ausdrücklich die Initiative des Deutschen Bauernverbands, des Zentralverbands der Geflügelwirtschaft, der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands, der Tierärzterverbände, der Fleischwirtschaft und vor allem auch des Deutschen Tierschutzbundes. Sie haben mit ihrer Resolution die Fragen nach einer neuen Bekämpfungsstrategie auf die politische Agenda gesetzt. Wir Sozialdemokraten haben diese Initiative im Parlament aufgegriffen und führen sie jetzt zum Erfolg. Eigentlich wäre bei diesem wichtigen Thema die Regierung gefordert gewesen. Manchmal muss man sowohl Regierung als auch Regierungsparteien zum Jagen tragen. Ich glaube, dass dies in diesem wichtigen Themenfeld gelungen ist.

Hans-Michael Goldmann (FDP): Ist in einem Schweinestall die Klassische Schweinepest ausgebrochen, muss zurzeit der gesamte Tierbestand gekeult werden. Getötet werden nicht nur kranke Tiere, sondern auch vorbeugend die gesunden – auch im Umkreis von 3 Kilometern von dem betroffenen Stall. So wurden 2006 mehrere Tausend Schweine allein in Deutschland gekeult.

(A) Für uns ist das Keulen ganzer Bestände keine überzeugende und zeitgemäße Antwort auf die Schweinepest. Das ist eher ein tierschutz- und agrarpolitischer Irrweg. Dass da eine Ab- und Umkehr überfällig ist, habe ich schon vor mehreren Jahren erkannt und gefordert. Entsprechende Anträge hat die FDP bereits in der 14. und 15. Wahlperiode in die parlamentarische Beratung eingebracht. Umso mehr freue ich mich, dass wir heute einen interfraktionellen Antrag in diese Richtung verabschieden. Damit stellen wir die Weichen für einen dringend notwendigen Modernisierungskurs in der Tierseuchenbekämpfung. Denn ohne den Paradigmenwechsel werden wir nicht eine moderne und tierschutzfreundliche Bekämpfungsstrategie herbeiführen können.

Die Klassische Schweinepest ist eine hochgradig ansteckende Viruserkrankung, die zu hohen Tierverslusten und schweren wirtschaftlichen Schäden in der Agrarwirtschaft führen kann. Deswegen muss der Seuche mit präventiven Maßnahmen vorgebeugt werden, und jeder Verdacht muss von den Landwirten ernst genommen und gemeldet werden. Im Fall eines Ausbruchs zählt jeder Tag. Bei einem chronischen Verlauf ist die Erkennung häufig schwieriger als in der akuten Form. Infizierte Bestände müssen getötet und unschädlich entsorgt werden. Damit keine gesunden Tiere unnötig getötet werden, fordern wir in unserem Antrag, dass Keulungen auf das unerlässliche Maß reduziert werden. Gesunde Tiere bekommen eine Notimpfung verabreicht.

(B) Fleischprodukte, die von notgeimpften Tieren hergestellt wurden, sind gesundheitlich unbedenklich und eignen sich für den menschlichen Verzehr. Durch verstärkte Aufklärung müssen die Verbraucher über die Unbedenklichkeit solcher Nahrungsmittel informiert werden. Es darf nicht dazu kommen, dass die Konsumenten das Vertrauen in die Lebensmittel verlieren und die Produkte ablehnen. Nur mit einer breiten und offensiven Kampagne lassen wir Unsicherheiten nicht aufkommen.

Informieren und aufklären müssen wir auch die Handelspartner aus dem EU-Ausland und aus Drittländern. Da Fleisch von geimpften Tieren nicht die gebotene Akzeptanz findet, muss alles getan werden, damit es zu keinen Problemen beim Absatz oder Export von Schweineprodukten kommt. Nur durch Gespräch und Aufklärung können wir Marktstörungen bzw. Handelshemmnissen entgegenwirken. Der deutsche Lebensmitteleinzelhandel muss sich auch der Problematik stellen und das Fleisch von geimpften Tieren vermarkten. Denn – um es nochmals zu betonen – die Produkte von geimpften Schweinen sind hundertprozentig gesund und sicher. Es wäre verfehlt, aus handelspolitisch bedingten Gründen dieses praktikable Notimpfkonzept scheitern zu lassen. Unsere Fleischwirtschaft muss von der Regierung bei der Konzeptentwicklung zur Schlachtung und Verarbeitung geimpfter Tiere unterstützt werden.

Auch auf europäischer Ebene muss sich die Bundesregierung entschieden für eine Änderung der Nichtimpfungspolitik in ganz Europa einsetzen. An die Stelle der Nichtimpfungspolitik muss der Grundsatz „Impfen statt Keulen“ treten. Nur durch eine gezielte Impfung lässt sich die Ausbreitung der Schweinepest tierschonend ver-

(C) hindern und großer Schaden von der Land- und Ernährungswirtschaft abwenden. Das Ministerium muss sich bei den Verhandlungen über die neue Tiergesundheitsstrategie der Europäischen Union ab 2014 stark dafür einsetzen, dass das Notimpfkonzept deutlicher zum Tragen kommt. Durch verbesserte Rahmenbedingungen für die Notimpfung gegen die Schweinepest in der gesamten EU wäre auch die Frage der Vermarktung in den Mitgliedstaaten vom Tisch.

Der Ansatz „Impfen statt Keulen“ ist aus Verantwortung für die Ernährungssicherheit und unter tierethischen Aspekten eine praktikable Maßnahme, die einstimmig von der Tierärzteschaft, der Landwirtschaft und von den Tierschutzorganisationen befürwortet wird. Erfreuliche Einstimmigkeit ist auch in den Reihen der Bundestagsfraktionen festzustellen. An der Stelle möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die gute fachliche Zusammenarbeit bei der Erarbeitung des Antrags bedanken. Ich freue mich auf eine weitere konstruktive Zusammenarbeit in unserem Ausschuss. Im Tierschutz- und Tiergesundheitsbereich steht noch einiges an, und das können wir im kollegialen Austausch zum Wohl von Mensch und Tier gut meistern.

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE): Die Europäische oder Klassische Schweinepest ist eine der bedrohlichsten Tierseuchen für Haus- und Wildschweine, vor allem deshalb, weil sie sehr leicht von Tier zu Tier, von Stall zu Stall übertragbar ist. Wird sie amtlich festgestellt, kommt es zu drastischen Gegenmaßnahmen. Um eine weitere Ausbreitung zu vermeiden, werden auch gesunde Schweine unverzüglich getötet. Keulen nennt man das. Das hat fatale Folgen, vor allem dort, wo viele Schweine gehalten werden. So mussten zum Beispiel im März 2006 in NRW mehr als 92 000 Schweine gekeult werden. Das sind gigantische Mengen.

(D) Ein Teil solcher vorsorglichen Tötungen könnte vermieden werden, zum Beispiel mittels sofortiger Impfung der Schweine. Wirksame Impfstoffe dafür gibt es, aber solche Notimpfungen sind derzeit verboten, weil früher geimpfte Schweine nicht sicher von infizierten Tieren unterschieden werden konnten.

Doch mittlerweile kann man durch sogenannte Markerimpfstoffe die Antikörper aus natürlichen Infektionen von solchen aus Impfungen unterscheiden. „Impfen statt Keulen“ heißt daher das Gebot der Stunde.

Deshalb unterstützt die Linke ausdrücklich das Anliegen des fraktionsübergreifenden Antrags. Notimpfungen müssen endlich möglich sein.

Dieser Antrag wurde von allen fünf Fraktionen erarbeitet. Leider wird die Linksfraktion im Autorenkollektiv nicht mehr genannt. Auf Druck der Unionsfraktion wurde nun schon zum dritten Mal in diesem Jahr ein gemeinsam erarbeiteter, interfraktioneller Antrag ohne die Linksfraktion eingereicht.

Deshalb auch heute meine Forderung an die Union: Beenden Sie den kalten Krieg.

(A) SPD, Grüne und FDP frage ich: Wie lange wollen Sie eigentlich dieses vordemokratische Spiel mitmachen? Das nagt auch an Ihrer Glaubwürdigkeit!

Doch zurück zum Antrag. Der greift leider insgesamt zu kurz. Er blendet aus, dass ein strategischer Ansatz zur Bekämpfung der Schweinepest nötig ist. Infektions- und Verbreitungsrisiken müssen minimiert, effektive Bekämpfungsstrategien entwickelt und erprobt werden.

Wir brauchen dafür erstens mehr Forschung und zweitens eine andere Marktausrichtung. Das will ich gern näher erläutern.

Zur Forschung: Noch wichtiger als die Erlaubnis von Notimpfungen ist die Vermeidung von Schweinepestinfektionen. Dazu werden wissenschaftlich begründete Konzepte zur Risikovermeidung und effektiven Bekämpfung gebraucht. Kosten und Nutzen solcher Maßnahmen müssen sachlich fundiert für jede Einzelsituation abgewogen werden können. Wie groß muss zum Beispiel ein Sperrbezirk sein, damit eine Weiterverbreitung verhindert, der wirtschaftliche Schaden durch die Sperrung aber begrenzt wird? Welche Risikofaktoren müssen wie berücksichtigt werden? Angewandte Tierseuchenforschung, insbesondere epidemiologische Forschung, muss deshalb gestärkt, erworbene Erkenntnisse in die Praxis umgesetzt sowie in Lehre und Ausbildung eingeführt werden.

(B) Stattdessen bauen alle Bundesregierungen seit 1996 in der Agrarressortforschung kräftig Personal ab und schließen Forschungsstandorte. Vermeintlich prestigeträchtige Grundlagenforschung und Exzellenzinstitute pflegt man. Dagegen fristet das Epidemiologische Institut des FLI in Wusterhausen/Dosse seit Jahren ein geduldetes Schattendasein. Ende 2013 soll dort endgültig der Letzte das Licht ausmachen und zur Insel Riems umziehen. Regional- und sozialpolitisch ist das ein Desaster. Kurzfristiges haushalterisches Denken hat hier wieder einmal über wissenschaftliche Arbeitsfähigkeit und Standortpolitik gesiegt.

Zurück zum Antrag: Er verschweigt auch die eigentlichen Gründe für die Nichtimpfpolitik in der EU. Impfungen wären ein Handelshemmnis. Es ist sicherer, Tiere mit Infektionsverdacht zu töten als das Restrisiko einer Infektionsverbreitung einzugehen. Aber können Handelswünsche vernünftige Gründe zur Tötung gesunder Tiere sein, die das Tierschutzgesetz vorschreibt, mal ganz davon abgesehen, dass der Export und damit Transport lebender Tiere ohnehin zu hinterfragen ist?

Leider klammert der Antrag diesen Aspekt größtenteils aus. Die Antragsteller machen sich vor allem Sorgen darüber, ob skeptische Verbraucherinnen und Verbraucher innerhalb der EU von der Unbedenklichkeit des Fleisches geimpfter Schweine überzeugt werden können.

Wenn wir über das Schweinepestrisiko reden, ist auch ein Blick auf den gesamten Schweinemarkt erhellend. Zur Infektionsvermeidung müsste er komplett anders ausgerichtet werden.

257 Millionen Schweine werden dieses Jahr in der EU produziert, davon 46 Millionen in Deutschland.

(C) Zwar ist die Produktion damit leicht gesunken. Aber noch immer wird in der EU Schweinefleisch deutlich über der einheimischen Nachfrage produziert: 110 Prozent. Da innerhalb der EU immer weniger Schweinefleisch gegessen wird, muss immer mehr exportiert werden. Der weltweite Handel mit Schweinefleisch ist im Jahr 2011 auf ein Rekordniveau gestiegen und wuchs gegenüber 2010 um über 10 Prozent.

Das hat neben dem Risiko einer Infektionsverbreitung eine weitere Schattenseite: Das für diese Überproduktion benötigte Futter wird nur zum Teil in der EU produziert. Über 80 Prozent der Eiweißfutterpflanzen werden aktuell in die EU importiert. Das sind 40 Millionen Tonnen pro Jahr. Weil Europa reich ist, kann das Futter billig auf dem Weltmarkt eingekauft werden. Nachhaltig ist das nicht. Dabei brauchen wir mehr soziale und ökologische Verantwortung. Fleischproduktion muss sich klarer am einheimischen Bedarf orientieren. Eine strategische Ausrichtung auf Export lehnt die Linke ab. Wir müssen wieder mehr selbst Futtermittel anbauen, natürlich gentechnikfrei. Auch über eine Beschränkung der Futtermittelimporte müssen wir nachdenken.

Fazit: Der Antrag hat seine Schwächen, aber das Anliegen teilen wir. Daher enthält sich die Linke.

(D) *Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*: Wer nach dem massiven Schweinepestausbuch vor nun bald 15 Jahren die Mengen zwangsgetöteter Tiere gesehen hat, wer mit den psychisch Betroffenen in den leeren Ställen gesprochen hat, wer den riesigen volkswirtschaftlichen Schaden wahrgenommen hat, den das zigtausendfache Töten von absolut gesunden Tieren in der Nähe von betroffenen Betrieben angerichtet hat, der kann nur zustimmen, dass „Impfen statt Keulen“ der richtige Ansatz für die Bekämpfung der Schweinepest ist.

Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, die wir durch neue Marktimpfstoffe haben. Die erheblichen Handelshemmnisse für geimpfte Tiere müssen abgebaut werden. Es ist nicht mehr einzusehen, warum geimpfte Tiere nicht vom Handel akzeptiert werden. Wir können durch Notimpfungen das massenhafte Töten von gesunden Tieren vermeiden. Daher unterstützen wir Grüne diesen fraktionsübergreifenden Antrag.

Die Seuchenausrottungsstrategie – wie bei der Schweinepest – ist in Zeiten des globalisierten Tierhandels nicht mehr zeitgemäß. Im Extremfall, wie bei BSE, dieser Herausforderung mit der Verbrennung von Tierkadaverscheiterhaufen entgegnet zu wollen, ist äußerst widerwärtig, brutal und aussichtslos; auch weil zum Beispiel die zahlreichen Wildschweinpopulationen in unseren Wäldern und auf unseren Maisäckern ein endloses Reservoir für die Schweinepest sind.

Übrigens: Mit der Variante der Vogelgrippe haben wir ein ganz ähnliches Problem. Obwohl große Einigkeit besteht, dass das Fleisch der befallenen Tiere für Verbraucher völlig ungefährlich ist, wird weiterhin gekeult. Zuletzt 2010 in Mecklenburg-Vorpommern. Der ganz banale Grund lautete: Weder Schlachthöfe noch Fleisch-

(A) verarbeiter waren bereit, die 17 000 Tiere und deren Fleisch abzunehmen.

Als ersten Schritt brauchen wir eine Änderung der gesetzlichen Vorgaben auf EU-Ebene. Die Einstufung als Land mit Schweinepest wird bisher durch eine Impfung verlängert. Impfen muss – wo immer möglich – zur Regel werden, Keulen die Ausnahme. Gemeinsam mit Fleischverarbeitern und Verbrauchervertretern müssen wir nach Möglichkeiten suchen, das Fleisch geimpfter Tiere zu vermarkten.

Doch vordringlich müssen wir uns mit aller Kraft der Vermeidung von Tierseuchen widmen. Deshalb müssen wir die regional viel zu hohen Konzentrationen von Intensivmassentierhaltung abbauen. Riesige Ställe mit mehreren Zehntausenden von Schweinen, Regionen mit Viehdichten von mehr als zwei Großvieheinheiten je Hektar, in denen Tiere nur noch Produktionsfaktor sind, sind eine ideale Voraussetzung für massive Seuchenausbrüche, weil die Viren sich sehr schnell verbreiten können. Sie, Frau Ministerin Aigner, leisten dieser Tierhaltungsform nach wie vor Vorschub – gegen den Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger –, durch Ihr ewiges Postulat: Wir wollen die Welt mit Fleisch ernähren.

In den viehdichten Regionen Nordwestdeutschlands sind die Seuchengefahren eine immerwährende, massive Bedrohung. Die sorglose oft prophylaktische Verabreichung von Antibiotika erhöht die Probleme zusätzlich.

(B) Nicht zuletzt spielen wir ein gefährliches Spiel, indem wir Tiere kreuz und quer durch Europa und bis an den Ural karren. Völlig zu Recht bezeichnen die EU-Chefveterinäre Tiertransporte als den wichtigsten Faktor für die Verbreitung von Tierseuchen. Beim Treffen der EU-Veterinäre mit den russischen Veterinären wurde insbesondere der mangelnde Seuchen- und Hygienestatus der deutschen Lieferungen beklagt. Trotzdem werden immer mehr Tiere transportiert. Allein zwischen 2005 und 2009 haben Schweinetransporte in Europa um 70 Prozent zugenommen. Und Deutschland hat hier die unrühmliche Spitzenposition: Wir erhalten 50 Prozent aller in der EU transportierten Schweine. Damit öffnen wir Krankheits-erregern Tür und Tor.

Die Kosten, die durch Ausbrüche von Krankheiten wie der Schweinepest entstehen, für die Tötung und Entsorgung der Schweine lagen zwischen 1993 und 1996 bei 660 Millionen Euro; vom unnötigen Töten der 1,2 Millionen meist gesunden Lebewesen ganz zu schweigen. In den Niederlanden lagen die Kosten für den Ausbruch 1997/1998 sogar bei 2 Milliarden Euro! Eine erhebliche Belastung für die niederländische Wirtschaft.

Einmal mehr wird deutlich, wie absurd das System der industriellen Tierhaltung ist. Die Billigfleischproduktion ist nur möglich, weil Schäden durch industrielle Tierhaltung kaum auf die Produktion umgeschlagen werden. Erkennen Sie endlich an, Frau Ministerin Aigner, dass wir an die Grenzen des Systems gestoßen sind! In den viehdichten Regionen Niedersachsens weiß Ihr Parteikollege Lindemann schon nicht einmal mehr,

(C) wohin mit der Gülle. Dem zusätzlichen wilden Wachstum der Anlagen ohne eigene Fläche müssen wir einen Riegel vorschieben. Wir brauchen eine bäuerliche Landwirtschaft und Tierhaltung, die auf regionale Kreisläufe setzt und damit auch das Seuchenrisiko für Tiere und Menschen minimiert.

„Klasse statt Masse!“ muss endlich der Leitsatz unserer Landwirtschaft werden. Frau Ministerin Aigner, zeigen Sie endlich den Mut zu einer wirklichen Umgestaltung der Landwirtschaft!

Anlage 7

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts zu dem Antrag: Forschung für die zivile Sicherheit (Tagesordnungspunkt 13)

Florian Hahn (CDU/CSU): Sicherheit ist die Basis unserer Demokratie. Damit wir auch in Zukunft in einer zunehmend globalisierten Welt ein freies Leben ohne Bedrohungen führen können, forschen wir unentwegt an neuen Sicherheitsstrategien.

So konnte sich dank des Engagements der Bundesregierung die zivile Sicherheitsforschung in Deutschland als eigenständiges Forschungsgebiet mit einer gut vernetzten Akteurslandschaft etablieren.

(D) Im Mittelpunkt des Rahmenprogramms „Forschung für die zivile Sicherheit“ stehen Lösungen, die die Sicherheit des freiheitlichen Lebensstils der Bevölkerung gewährleisten sollen.

Die Sicherheitsrisiken haben sich in den letzten Jahren drastisch verändert: Naturkatastrophen und Großunfälle, rasante Fortschritte in den Informations- und Kommunikationstechnologien oder der Klimawandel stellen ganz neue Herausforderungen an den Staat.

Das zunehmende Wachsen von Ballungszentren sowie die steigende Vernetzung unterschiedlicher Lebensbereiche haben eine neue Qualität der Verletzlichkeit zur Folge.

So geraten vor allem Fragen der urbanen Sicherheit gerade bei Massenveranstaltungen wie Public Viewing, aber auch beim täglichen Gebrauch von öffentlichen Verkehrsmitteln immer wieder in den Mittelpunkt.

Aufbauend auf den Erfolgen des ersten Programms und vor dem Hintergrund neuer globaler Herausforderungen wurde die zivile Sicherheitsforschung um gesellschaftswissenschaftliche Aspekte erweitert. So fließen ganze 50 Millionen in die Erforschung gesellschaftlicher Fragestellungen wie Katastrophenkommunikation und die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung. Auch die internationale Kooperation mit Ländern wie den USA, Frankreich und Israel soll um diese sozialen Aspekte ergänzt werden.

Ich denke, so ist es noch deutlicher geworden, dass es in diesem Programm nicht um Wehrforschung geht, wie